



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/255 - 2.11.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 76 54-59
Fernschreiber 039 890

Mißbehagen über Vorwegbewilligungen	S. 2
Giulianos Schatten über Kabinett de Gasperi	S. 3
Eine Tagung mit Gemeinplätzen	S. 5

Wo bleibt der Haushalt 1952 ?

Von Fritz Erler, M.d.B.

Der Bundestag hat soeben in 3. Lesung den sogenannten Überrollungshaushalt für das Haushaltsjahr 1951 verabschiedet. Dieser Haushalt hat im wesentlichen den Haushalt des Jahres 1950 übernommen und lediglich gewisse zwangsläufige Veränderungen eingebaut. Alle erheblichen Unterschiede gegenüber dem Jahre 1950 finden sich erst in den zu erwartenden Nachtragshaushalten.

Es wird deren mindestens zwei geben. Der eine ist vom Bundesrat wieder an das Kabinett zurückgegangen, weil durch die Einigung mit den Ländern über die Abführung von Einkommen- und Körperschaftsteueranteilen an den Bund ein Loch von 400 Mio. M entstanden ist. Das Kabinett muß sich damit befassen, wie dieses Loch zu stopfen ist. Dann geht der Nachtrag in neuer Form wiederum an den Bundesrat, der wieder drei Wochen Zeit zur Beratung hat. Wenn wir dieses neckische Spiel fortsetzen, kann der Nachtrag noch eine ganze Weile zwischen Bundesregierung und Bundesrat hin- und herpendeln, bevor der Bundestag selbst sein Wort in der Sache zu sagen hat.

Der zweite Nachtrag ist noch weiter im Felde. Der erste enthält die Konsequenzen aus zahlreichen beschlossenen Gesetzesänderungen, den von den Alliierten festgesetzten Veränderungen der Besatzungskosten usw. Der zweite dagegen wird die Veränderungen

berücksichtigen, die sich aus Verwaltungsmaßnahmen und gewissen Änderungen in der Bundesverwaltung ergeben haben. Zu unserem Bedauern erfahren wir, daß der zweite Nachtrag noch nicht einmal dem Kabinett vorliegt, weil die Anforderungen eines großen Ressorts für diesen Haushalt noch ausstehen. Dabei ist das Jahr bald um. Bis jetzt sollten alle Ministerien einigermaßen übersehen können, was sie für den Rest des Jahres an Mitteln brauchen.

Mit Deckungsvorschlägen kann das Bundesministerium der Finanzen unter diesen Umständen auch noch nicht aufwarten, weil keine endgültigen Zahlen vorliegen. Es hofft, den zweiten Nachtrag bis Weihnachten vorlegen zu können. Damit ist immer noch nicht gesagt, wem eigentlich. Der Nachtrag muß durch das Kabinett, das bei Haushaltsentschlüssen auch nicht gerade sehr schnell arbeitet, muß dann noch zum Bundesrat, der sich mit dem Kabinett neuerdings auf Tischtennispartien mit den Haushaltsbällen eingelassen hat, und wandert dann erst zum Bundestag.

Es ist völlig schleierhaft, wie unter diesen Umständen der Bundeshaushalt 1952 einigermaßen fristzeitig verabschiedet werden soll. Das Parlament kann sich nicht mit einer solchen Behandlung der Haushaltsangelegenheiten abfinden. Es ist zuzugeben, daß eine Fülle objektiver Schwierigkeiten der Verwaltung die Arbeit nicht gerade leicht macht. Trotzdem müssen alle Beteiligten darauf dringen, daß der Haushalt 1952 am 1. April 1952 wenn nicht verabschiedet, so doch wenigstens auf dem kürzesten Wege zur Verabschiedung ist. Haushaltsberatungen haben wenig Sinn, wenn das Geld schon ausgegeben ist. Eine echte parlamentarische Kontrolle der Verwaltung ist nur möglich, wenn das Parlament nicht nachträglich die ausgegebenen Gelder beweint, sondern vor der Ausgabe die benötigten Summen beschließt. Sonst entsteht ein völlig unechtes Verhältnis zur ohnehin durch unser Grundgesetz allzu stark geratenen Exekutive.

In den Beratungen des Haushaltsausschusses wurde deutlich, daß alle Mitglieder erhebliches Mißbehagen über den bisherigen Verlauf der Entwicklung empfinden. Damit allein ist es nicht getan. Der Haushaltsausschuß hat nach den bestehenden Gesetzen das Recht, in gewissem Umfange Vorwegbewilligungen für dringende Aufgaben zu beschließen, die sich noch nicht im Haushaltsplan finden, sondern sich erst in den Nachtragshaushalten niederschlagen werden. Die Bundesregierung muß damit rechnen, daß der Ausschuß möglicherweise eines Tages erklärt, daß er die Behandlung von derartigen Vorwegbewilligungen ablehnt, wenn ihm nicht die ordnungsmäßigen Pläne zur Verabschiedung vorgelegt werden. Die Periode der Vorgriffe muß ihr Ende finden.

Giuliano stiftet weiter Unheil

v.s.-Rom, Anfang November

Am 27. Oktober ist der italienische Innenminister Mario Scelba bei der Abstimmung über seinen Etat im Senat mit nur 14 Stimmen Mehrheit einer Niederlage entronnen, die eine gefährliche Regierungskrise ausgelöst hätte. Die Nachlässigkeit gewisser Regierungsanhänger im italienischen Oberhause genügt nicht, um dieses knappe Ergebnis zu erklären. Andere sind als politischer Protest der Abstimmung ferngeblieben, weil sie über die Enthüllungen, die der Schwurgerichtsprozeß in Viterbo gegen die Überlebenden Mitglieder der Giuliano-Bande fast täglich seit Monaten an's Licht bringt, entsetzt sind.

Es handelt sich dabei in der Hauptsache um zwei grundverschiedene Dinge: Einmal um die amtliche Version über den Tod des Banditenführers, die damals, im Juli 1950, vom Kommando der Carabinieri dem Innenminister Scelba zugeleitet und von diesem - ungeprüft und anscheinend etwas kritiklos - übernommen wurde: Giuliano sei in seinem Unterschlupf aufgespürt, umzingelt und nach wilder nächtlicher Jagd und schwerem Feuerkampf tödlich von der Kugel eines Hauptmann Perenzo getroffen worden. In Viterbo hat dagegen ein Kumpan und Verwandter Giulianos, Gaspare Pisciotta, der aus sonderbaren und nicht geklärten Gründen schließlich doch verhaftet und auf die Anklagebank gebracht wurde, behauptet und sogar glaubhaft nachgewiesen, daß er Giuliano im Schlafe erschossen habe, und zwar im Einvernehmen mit dem Kommando der Carabinieri.

Noch viel bedenklicher allerdings ist die Enthüllung der engen Beziehungen, die hohe Polizeibeamte in Palermo mit dem Banditen bis zu seinem Tode unterhielten. Scelba selbst scheint gemerkt zu haben, daß bei der sizilianischen Polizei etwas nicht stimmte und entzog ihr den Auftrag, den Banditen zu verfolgen. Er setzte dafür ein besonderes Korps von nichtsizilianischen Carabinieri unter einem Obersten Luca mit anscheinend unbeschränkten Vollmachten ein. Der Oberst machte von diesen Vollmachten einen recht weitherzigen Gebrauch: Um Pisciotta als Werkzeug zu gewinnen, versah er ihn mit gefälschten Papieren und ahmte in einem Falle sogar die Unterschrift seines Ministers nach, um den künftigen Mörder Giulianos in Sicherheit zu wiegen ...

Auch in anderen demokratischen Ländern ist die Polizei mit ihren Methoden oft nicht allzu wählerisch. Und das Wort "Sizilien" mit seinen uralten Überlieferungen von Geheimbünden ("Maffia"), Blutfehden und permanenter Rebellion gegen die Staatsgewalt erklärt manches, was bei den Verhandlungen zur Sprache kam und jetzt ziemliches Entsetzen hervorruft. Scelba hat nun das Pech, selber Sizilianer zu sein und, obwohl das Ende des Banditentums zweifellos zum guten Teil sein Verdienst ist, bleibt leider an ihm etwas von diesen peinlichen Enthüllungen hängen, übrigens ganz zu Unrecht.

Aber die italienische öffentliche Meinung, in maßloser Weise von den Kommunisten gegen ihren Hauptfeind aufgeputscht, ist dennoch durch den Prozeß dermaßen ungünstig beeindruckt, daß viele auch regierungsfreundliche Parlamentarier dem Minister bei der Abstimmung über seinen Etat einen Denkzettel geben wollten, sei es durch Fernbleiben von der Abstimmung, sei es sogar durch Stimmabgabe gegen ihn. Es wäre für die schwache italienische Demokratie ein schwerer Schlag gewesen, wenn ihr "starker Mann" Scelba durch das Gespenst des toten Giuliano zur Strecke gebracht worden wäre. Als ob der lebende Bandit nicht schon genug Unheil gestiftet hätte!

+ + +

Schluß ins Zentrum

Als nach 1945 die politische Welt aufgeteilt wurde, kam das einst in der Weimarer Zeit so gewichtige Zentrum zu spät; seine großen angeblich ebenso christlichen Brüder, die Christlich-Demokratische- und die Christlich-Soziale-Union hatten die besten Brocken geschluckt. Die Zentrumspartei blieb ein kleiner Splitter, und sie begegnet scheel den Blicken und heftiger Mißgunst, wo sie versucht, neben den großen Brüdern auch noch Fuß zu fassen.

In den bayrischen Gefilden, die ihrer Färbung wegen dem Zentrum als ein weites Betätigungsfeld erscheinen mögen, hat sich jetzt die "Münchener katholische Kirchenzeitung", das Bistumsblatt der Erzdiözese München-Freising, gegen die in Bayern noch ausstehende Gründung einer Zentrumspartei gewandt und festgestellt, daß der Bedarf an politischen Parteien vollauf gedeckt sei. Wir sind durchaus der gleichen Meinung, nur fragt sich, wieso denn wieder einmal eine Kirchenzeitung sich in die politischen Fragen mischt und gar über Existenz und Existenzberechtigung politischer Parteien urteilen will. Sie möge in ihren kirchlichen Regionen bleiben; und in diesem, ihrem ureigenen Bereich - würde sie vielleicht bemerken, daß es zwar viele und zu viele Parteien gibt, daß aber eine christliche Partei - wie sie das Zentrum vielleicht sein könnte - bisher in der politischen Praxis trotz entsprechender Firmierung nicht existiert.

R.G.

+ + +

Eine Tagung, ohne Substanz

- o - Die dritte Herbsttagung der "Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947", Ende Oktober in Frankfurt, sollte als Jubiläumstagung ein besonders festliches Gepräge erhalten. Aus diesem Grunde wurde sie in der Paulskirche durchgeführt. Das Generalthema dieser Tagung lautete "Der deutsche Beitrag: In Einigkeit". Um das Ergebnis der zweitägigen Vorträge vorwegzunehmen, es war ernüchternd, soviel Gemeinplätze, Wiederholungen und rhetorische Verdrehungen zu hören. Wenn nicht der Regierende Bürgermeister Berlins, Prof. Reuter, der Tagung durch sein Referat Inhalt und Ausdruck gegeben, und wenn nicht der amerikanische Landeskommissar für Bayern, Prof. Shuster, so klare Worte und Mahnungen zu den inner- und außerdeutschen Problemen gefunden hätten, es wäre für die Berichtler unnötige Zeitvergeudung gewesen, auch nur eine Stunde den übrigen Vortragenden, unter denen sich immerhin so bekannte Namen wie Staatsminister a. D. Otto Klepper, Staatsminister a. D. Rudolf Müller und der Publizist der reaktionären Unternehmerkreise Dr. Kurt Penzlin befanden, zu widmen.

Die Leitsätze der Tagung fanden sich im Referat von Klepper "Politik aus klassenlosem Denken", worin er die "privilegierten Schichten" aufforderte, mehr Initiative und Verantwortung für eine "Reform" aufzubringen, um einer revolutionären Entwicklung zuvorzukommen. Die wirtschaftspolitischen Grundsätze dieser Gesellschaft wurden von Dr. Gernot Gether vorgetragen, der sich bemühte, die Gegensätze zwischen Markt- und Planwirtschaft durch so nichtssagende Floskeln wie "die Planwirtschaft kann nicht dem Markt und die Marktwirtschaft nicht der Planung entsagen" zu verwischen. Er forderte eine Auflösung der Nationalwirtschaften, womit er, ohne es ausdrücklich zu sagen, den Versuch einer theoretischen Untermauerung des Schuman-Planes unternahm. (Natürlich käme ein Zusammenschluß der Großindustrie zu raumbeherrschenden Kartellen den Hinter- und Geldmännern der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft sehr gelegen!). Gether kritisierte auch den "monopolistischen Machtkampf" zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern um die Verteilung von Lohn- und Gewinnquote. Über diese an sich sehr deutlichen Unternehmertendenzen versuchte er dann abschließend einen metaphysischen Schleier zu ziehen und, in diesem Zusammenhang völlig deplaciert, sich auf die Kraft religiöser und sittlicher Kategorien zu berufen.

Erstaunt über diese Taktik, sowie auch über das Nichtssagende der Vorträge und über die Blasphemie, mit der man brutale Herrschaftsansprüche durch religiöse Zitate zu kaschieren trachtete, waren vor allem die jungen Zuhörer.

Die Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947 wird das nächste Mal in der Öffentlichkeit seriöser auftreten müssen, wenn sie verhindern will, daß die Unterschiede in Theorie und Praxis selbst den harmlosesten Zuhörern auffallen. Ihre Auftraggeber werden mit dem Ergebnis dieser Tagung unzufrieden sein, denn die Persönlichkeit der Tagung war unzweifelhaft Prof. Reuter, der besonders an die Adresse der die Wirtschaftspolitische Gesellschaft tragenden Elemente Worte von eindringlichster Mahnung gab und der vor allem von den jungen Zuhörern stürmisch gefeiert wurde.

Verantwortlich: Peter Raunau